

**Beschluss**

**Wahl**

**Kenntnisnahme**

**Vorlagen Nr. 20/005/2008**

**öffentlich**

|   |                                    |
|---|------------------------------------|
| Fachbereich: Kämmerei<br>Bearbeiter/in: Herr Rainer Ritsche | Datum: 14.05.2008<br>Az.: 20-12/Ri |
|---|------------------------------------|

| Beratungsfolge | Termine    | Art der Entscheidung |
|----------------|------------|----------------------|
| Kreistag       | 19.06.2008 | Beschluss            |

### Jahresabschluss 2007

Finanzielle Auswirkung       ja       nein       noch nicht zu übersehen

Personelle Auswirkung       ja       nein       noch nicht zu übersehen

Organisatorische Auswirkung       ja       nein       noch nicht zu übersehen

### Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2007 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.
2. Die Gesamtbeträge der von 2007 nach 2008 übertragenen Aufwandsermächtigungen i.H.v. 1.595.630 € bzw. Auszahlungsermächtigungen i.H.v. 17.651.450 € werden vom Kreistag zur Kenntnis genommen.
3. Vorbehaltlich der Prüfung und Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses durch den Kreistag wird der Jahresüberschuss der Allgemeinen Rücklage zugeführt.
4. Der Kreis Mettmann verzichtet im laufenden Haushaltsjahr 2008 auf die Einziehung von bis zu 0,5 Prozentpunkten Kreisumlage. Der entstehende Ertragsausfall i.H.v. rd. 3,3 Mio. € wird – vorbehaltlich der Prüfung und Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses – durch einen Teilbetrag des Überschusses aus dem Haushaltsjahr 2007 gedeckt.

|                                    |                   |
|------------------------------------|-------------------|
| Fachbereich: Kämmerei              | Datum: 14.05.2008 |
| Bearbeiter/in: Herr Rainer Ritsche | Az.: 20-12/Ri     |

## Jahresabschluss 2007

### 1. Anlass der Vorlage:

Der Kreis Mettmann hat zum 01.01.2007 als einer der ersten Kreise im Regierungsbezirk Düsseldorf sein Rechnungswesen auf das sog. „Neue Kommunale Finanzmanagement“ – NKF, umgestellt. Danach ist zum Schluss des Haushaltsjahres 2007 erstmals ein Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer (doppischer) Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus

1. der Ergebnisrechnung
2. der Finanzrechnung
3. den Teilrechnungen
4. der Bilanz und
5. dem Anhang.

Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen.

Neben den o.g. Inhalten führen gesetzliche Neuregelungen hinsichtlich der Übertragung nicht ausgeschöpfter Aufwands- und/oder Zahlungsmittel zu einer neuen ressourcenverbrauchorientierten Sichtweise. Die bisher als Haushaltsausgabestelle bekannten Mittelreservierungen belasten nun als sog. Ermächtigungsübertragungen nicht mehr den vorliegenden Jahresabschluss 2007, sondern gehen erst bei ihrer Inanspruchnahme als Belastung des bzw. der folgenden Jahresabschlüsse in die Rechnung ein.

Eine Übersicht der Übertragungen ist dem Kreistag mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnis- und den Finanzplan des Jahres 2008 vorzulegen. Die entsprechende Aufstellung ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Zusätzlich zu den pflichtig zu erstellenden Teilrechnungen für die Produktbereiche werden Teilrechnungen für die Produkte erstellt, da sich diese in den bisherigen Haushaltsberatungen als steuerungsrelevante Ebene herausgestellt haben. Auf die Erstellung von Teilrechnungen für die Ebene der Produktgruppen wird verzichtet.

Im Jahresabschluss und in den Mustern des Innenministeriums hierzu wird als maßgebliche Vergleichsbasis zum IST-Ergebnis der „fortgeschriebene Ansatz“ verwendet. Er beinhaltet nicht nur den im Haushalt festgelegten Planansatz, sondern darüber hinaus:

- Änderungen durch Nachtragsplan
- Erhöhungen durch Ermächtigungsübertragung aus Vorjahr
- üpl./apl. Aufwendungen/Auszahlungen
- Änderungen durch Haushaltssperren
- Mittel sonstiger Herkunft (z.B. Mehrerträge berechtigten zu Mehraufwendungen, Ermächtigungen aus zweckgebundenen Einnahmen)

Aufgrund flexibler Bewirtschaftungsregelungen war es im abgelaufenen Haushaltsjahr möglich, die Anzahl der üpl./apl. Vorgänge gegenüber den Vorjahren maßgeblich zu reduzieren und die dezentrale Ressourcenverantwortung deutlicher einzufordern. Eine Aufstellung der genehmigten Vorgänge ist dieser Vorlage als Anlage 2 zur Kenntnisnahme beigelegt.

## 2. Sachverhaltsdarstellung

### 2.1 Bilanz

Die Eröffnungsbilanz des Kreises wurde zum Stichtag 01.01.2007 aufgestellt und am 17.12.2007 vom Kreistag beschlossen. Bereits im Januar 2008 war die Eröffnungsbilanz des Kreises Gegenstand einer überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Für die GPA war dies die erste Prüfung einer Eröffnungsbilanz eines Kreises. Der Abschlussbericht liegt noch nicht vor. Abgestimmt wird zur Zeit noch als einziger wesentlicher Punkt die Bewertung der Sonderposten aus der in der Vergangenheit erhaltenen Straßen- und Schulbaupauschale sowie den einzelfallbezogenen Zuwendungen aus diesem Bereich. In diesen Abstimmungsprozess ist das Rechnungsprüfungsamt involviert.

Die im Haushaltsjahr 2007 vorgenommenen Wertberichtigungen auf Eröffnungsbilanzansätze aus der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises und aus verwaltungsseitig gewonnenen Erkenntnissen werden im Anhang aufgeführt. Sie führen zusammen mit sonstigen Eigenkapitalkorrekturen z.B. aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen per Saldo zu einer Eigenkapitalminderung in Höhe von ca. 1,8 Mio. €.

Die Schlussbilanz 2007 ist geprägt durch die ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung der Finanzanlage Kreisverkehrsgesellschaft (KVG mbH) und der dadurch möglich gewordenen Tilgung der Kreditmarktschulden, so dass der Kreis nunmehr schuldenfrei ist und damit eines seiner wirtschaftlich und finanziell bedeutungsvollsten Ziele auch tatsächlich erreicht hat. Im Ergebnis führt diese Transaktion zu einer Bilanzsummenverkürzung auf rund 405 Mio. €. Das Eigenkapital steigt gegenüber der Eröffnungsbilanz von 178,8 Mio. auf 189,1 Mio. €, was den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital von 38,1 auf 46,7% verbessert.

### 2.2 Ergebnisrechnung

Der Ergebnishaushalt 2007 war mit Erträgen und Aufwendungen i.H.v. 381.077.000 € ausgeglichen geplant. Der Kreisumlagehebesatz wurde gegenüber der Festsetzung für das Haushaltsjahr 2006 gesenkt und auf 43,5 Prozentpunkte festgesetzt.

Durch die Beschlusslage des Kreistags, einen wesentlichen Teil des in der KVG mbH gehaltenen RWE-Aktienbestandes zu veräußern und Erlöse in Höhe des steuerlichen Einlagenkontos sowie vorhandener Gewinnrücklagen in den Kreishaushalt zu transferieren, ergab sich im Juni 2007 die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Nachtragsplans, der zu Erhöhungen der Erträge und Aufwendungen um 84.744.150 € führte. Somit betrug das Gesamtvolumen des ausgeglichenen Ergebnisplans 465.821.150 €. Der Nachtrag wurde durch den Kreistag mit einem Kreisumlagehebesatz von 43,2 % am 17.09.2007 beschlossen.

Hintergrund des Aktiengeschäfts war die Absicht, folgende finanzwirtschaftlichen Ziele (Dreisäulenmodell) zu erreichen:

- Rückführung der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen zur nachhaltigen Entlastung der kreisangehörigen Städte durch entfallende Zinsbelastungen
- Aufbau eines Kapitalstocks für spätere Liquiditätsbelastungen aus steigenden Pensionslasten für Versorgungsempfänger
- Sofortentlastung der kreisangehörigen Städte durch Anrechnung eines Teilbetrags in Höhe von 3/10 Kreisumlageprozentpunkte.

Mit dieser finanzstrategischen Ausrichtung und dem Verzicht der Verwendung der Erträge zu konsumtiven Zwecken hat der Kreistag seine Entschlossenheit deutlich gemacht, die im NKF verankerten Grundsätze und Ziele, wie z.B. stärkere intergenerative Gerechtigkeit umzusetzen und sich den Anforderungen einer von Nachhaltigkeit geprägten, vorausschauenden Finanzwirtschaft zu stellen.

In ihrer Stellungnahme vom 18.10.2007 hat die Bezirksregierung Düsseldorf diesen eingeschlagenen Kurs begrüßt und darauf hingewiesen, dass die politisch Verantwortlichen weiterhin dauerhaft gefordert sind, damit sich diese positive Situation nicht verschlechtert. Zur nachhaltigen Sicherung der Ziele dieser Finanzstrategie hat die Kämmerei am 17.10.2007 eine erste NKF-Haushaltsausführungsverfügung erlassen, die die bis dahin geltende Bewirtschaftungsverfügung aus dem Jahr 2003 ersetzte. Das Finanzcontrolling wurde konsequent weiterentwickelt. NKF-Spezifika wurden berücksichtigt und in das Finanzcontrollingsystem integriert.

Insgesamt schließt das Haushaltsjahr 2007 mit einem positiven Ergebnis von ca. 12,3 Mio. € ab. Die einzelnen Produktbereiche tragen durch die nachfolgend aufgeführten wesentlichen Abweichungen von der ausgeglichenen, fortgeschriebenen Haushaltsplanung und somit zum Zustandekommen des Gesamtergebnisses bei:

| PB   | PB-Bezeichnung                       | Ergebnisabweichung<br>in Mio. € | Wesentliche Ursachen  |
|------|--------------------------------------|---------------------------------|---|
| 01   | Innere Verwaltung                    | + 4,0                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Höhere Erträge aus der Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen</li> <li>- Geringere Unterhaltungsaufwendungen für Grundstücke und Gebäude</li> </ul>  |
| 02   | Sicherheit und Ordnung               | + 1,9                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- höhere Erträge aus               <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verwaltungsgebühren</li> <li>- Bußgeldern</li> </ul> </li> </ul>   |
| 05   | Soziale Leistungen                   | + 4,7                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- höhere Wohngelderstattungen vom Land</li> <li>- Einsparungen bei ambulanter Krankenhilfe</li> <li>- Einsparungen bei sonstigen Kosten der Unterkunft</li> <li>- Einsparungen bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende</li> </ul> |
| 11   | Ver- und Entsorgung                  | + 0,6                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- höhere Erträge aus Altpapierverkauf</li> <li>- geringere Aufwendungen für Müllentsorgung (MVA)</li> </ul>  |
| 15   | Wirtschaft und Tourismus             | - 2,1                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wertveränderungen Finanzanlagen (KVGM)</li> </ul>  |
| 16   | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | + 2,0                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>- höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten</li> <li>- höhere Aufwendungen für Wertberichtigungen zu Forderungen</li> <li>- verbessertes Finanzergebnis aus Verwendung der KVGM-Ausschüttung</li> </ul>                        |
| div. | Restliche Produktbereiche            | + 1,2                           |   |
|      | <b>Summe Gesamthaushalt</b>          | <b>+12,3</b>                    |   |

Aus der Bewirtschaftung fremder Mittel (z.B. Polizei, Landesmittel Schulen, LVR) resultiert abrechnungsbedingt zum Abschlussstichtag ein Negativsaldo in Höhe von 173.035,13 €, der sich im bilanzierten Forderungsbestand des Kreises wiederfindet.

Mit der Übertragung von Aufwandsermächtigungen in Höhe von rund 1.595.630 € ist eine Verschiebung von erforderlichen Maßnahmen aus der beschlossenen Planung 2007 in das Folgejahr verbunden.

## 2.3 Finanzrechnung

Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt zum Bilanzstichtag ca. 38,5 Mio. €. Insgesamt sind ca. 17,7 Mio. € geplante Maßnahmen in 2007 für die Übertragung von Auszahlungsermächtigungen in das Folgejahr gebunden; allein 11,8 Mio. € davon für Finanzanlagen zum Aufbau eines Pensionsstocks.

Die verbleibenden liquiden Mittel beinhalten u.a. passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 2 Mio. € und Festgeldanlagen für den Gebührenaussgleich, die Rekultivierung von Depo- nien sowie für ökologische Ersatzmaßnahmen in Höhe von 5,6 Mio. €

Insofern relativiert sich die auf den ersten Blick sehr positive Liquiditätssituation mit dann noch 13,2 Mio. € deutlich. Die Finanzplanung 2008 – 2011 sieht einen weiteren Rückgang der liquiden Mittel in Höhe von 7,3 Mio. € vor.

Zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen sollte erfahrungsgemäß ein Kassenbestand von ca. 4 Mio. € gehalten werden, um die Aufnahme von Kassenkrediten weitestgehend zu vermeiden.

Zur Liquiditätssituation ist generell festzustellen, dass der Großteil der in der Bilanz enthaltene Rückstellungssumme in Höhe von 140,3 Mio. € in Zukunft aus dem vorhandenen Vermögen des Kreises oder fremd zu finanzieren ist, da in die folgenden Haushaltspläne keine Aufwandsansätze mehr einzuplanen sind und daher hierfür keine Liquiditätszuflüsse mehr über die Kreisumlage generiert werden können.

Insofern bedarf es tatsächlich einer strikten Ausgabendisziplin, um den finanzstrategischen Zielsetzungen nicht nur kurzfristig gerecht zu werden.

## 2.4 Ergebnisverwendung

Wie unter Punkt 2.2 dargestellt, schließt die für den Jahresabschluss 2007 relevante Ergebnisrechnung mit einem Überschuss von rd. 12,3 Mio. € ab.

Dieser Betrag ist gem. den gesetzlichen Vorschriften der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Die notwendige Übertragung von Aufwandsermächtigungen in Höhe von 1.595.630 € spiegelt sich bilanziell in der in gleicher Höhe zu bildenden Deckungsrücklage wider. Durch die separate Ausweisung innerhalb der Allgemeinen Rücklage wird deutlich gemacht, dass für die Verwendung dieses Eigenkapitalanteils bereits eine Zweckbindung besteht.

Der restliche Ergebnisanteil in Höhe von 10.736.178,02 € innerhalb der Allgemeinen Rücklage ist nicht gebunden und somit für den Entscheidungsträger Kreistag frei verfügbar.

Aus der Bewirtschaftung fremder Mittel (u.a. des Landes, des LVR) entsteht per Saldo zum Stichtag ein abrechnungsbedingter Verlust in Höhe 173.035,13 € der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Die Verwaltungsführung und der Kreiskämmerer empfehlen dem Kreistag in Kenntnis der bereits angefallenen und geplanten Maßnahmen, die teilweise von nicht unerheblichem Einfluss auf die Haushaltssituation des Kreises im laufenden Jahr 2008 bzw. auch schon für 2009 sind, eine handlungs- und steuerungsorientierte Zielvereinbarung zur weitergehenden finanziellen Vorsorge, Konsolidierung und Absicherung.

Danach soll ein Betrag in Höhe von 3.272.916,17 € zur Entlastung der kreisangehörigen Städte durch einen Verzicht auf die Abforderung von 0,5 Prozentpunkt Kreisumlage im Dezember 2008 beitragen.

Rd. 3,5 Mio € sind zum Ausgleich bereits feststehender Mehraufwendungen in 2008 erforderlich (u.a. Tarifabschluss, höhere Landschaftsumlage, Wegfall Eigenanteil für BK-Lernmittel).

Der Restbetrag i.H.v. rd. 3,7 Mio € ist vorzuhalten für geplante, unabweisable, zusätzliche und außerplanmäßige Aufwendungen/Maßnahmen noch in 2008 bzw. in 2009 (z.B. Neanderlab, Umbau SVA Langenfeld, Radweg Wülfrath, Sporthalle BK Mettmann).

### Finanzielle Auswirkung (in Euro)

|                |          |   |
|----------------|----------|---|
| Produktbereich | 16       | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft                |
| Produktgruppe  | 16.01    | Allgemeine Finanzen                                 |
| Produkt        | 16.01.01 | Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen |

|                          |                    |  |  |  |
|--------------------------|--------------------|--|--|--|
| <b>Ergebnisplan (EP)</b> | <b>2008</b>        |  |  |  |
| Ertrag                   | <b>- 3.273.000</b> |  |  |  |
| Aufwand                  |                    |  |  |  |

|                        |                   |  |  |  |
|------------------------|-------------------|--|--|--|
| <b>Finanzplan (FP)</b> | <b>2008</b>       |  |  |  |
| Einzahlung             | <b>-3.273.000</b> |  |  |  |
| Auszahlung             |                   |  |  |  |

|  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im <b>Planjahr</b> im EP zur Verfügung, davon<br>im Haushaltsplan<br>durch genehmigte üpl./apl. Mittel<br>durch Übertragung aus Vorjahr/en<br><br><input type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im <b>Planjahr</b> im FP zur Verfügung, davon<br>im Haushaltsplan<br>durch genehmigte üpl./apl. Mittel<br>durch Übertragung aus Vorjahr/en<br><br>Haushaltsmittel wurden in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt<br><input type="checkbox"/> ja<br><input type="checkbox"/> nein | <input checked="" type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Planjahr im EP <b>nicht</b> zur Verfügung<br>Deckungsvorschlag<br><input type="checkbox"/> ja bei Produkt<br><input type="checkbox"/> teilweise bei Produkt<br><input checked="" type="checkbox"/> nein<br><br><input checked="" type="checkbox"/> Haushaltsmittel stehen im Planjahr im FP <b>nicht</b> zur Verfügung<br>Deckungsvorschlag<br><input type="checkbox"/> ja bei Produkt<br><input type="checkbox"/> teilweise bei Produkt<br><input checked="" type="checkbox"/> nein |
|--|--|

|                         |  |
|-------------------------|--|
| Gesamtinvestitionssumme |  |
| Nutzungsdauer in Jahren |  |

### Anlage

Anlage 1 – Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen

Anlage 2 – Übersicht über die genehmigten üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen